

## „We call on Somalia’s leaders to put the country’s interests first“

Das Gebiet des Staates Somalia, so wie man ihn 1960 begründete, wird zu etwa 95% von Somali bewohnt, doch auch jenseits seiner Grenzen leben Somali in drei Nachbarstaaten. Die Bestrebungen, diese in einem „Vereinten (*Greater*) Somalia“ mit der Bevölkerung des 1960 neu gegründeten Staates zu vereinen, lösten in moderner Zeit zahlreiche Konflikte aus. Die pansomalische Bewegung hat ihr Ziel jedoch nicht im Entferntesten erreicht, und es erscheint darüber hinaus höchst fraglich, ob eine solche „Einheit“ den Frieden im Horn von Afrika begründen würde. Das Gebiet bleibt krisenanfällig, nicht zuletzt wegen einer Elite, die individuelle und gruppenspezifische Interessen („Identitäten“) einer weiter greifenden Solidarität überordnet. Dazu kommt, ausgelöst und befördert durch westliche Interventionen, der Einfluss des sogenannten „politischen Islam“.

Obwohl sprachlich, kulturell und religiös weitgehend einheitlich, ist die Bevölkerung Somalias durch ihre Zugehörigkeit zu grossen Abstammungsgruppen, Klanfamilien, Klans und innerhalb dieser wiederum durch Zugehörigkeit zu bestimmten sozio-ökonomischen Bezugsgruppen aufgesplittert. Allianzen und Rivalitäten zwischen Klans und Subklans prägen die Politik in Somalia.

Italienische Agenten bereiteten durch Verträge mit somalischen Klans die Landnahme vor. In Abstimmung mit Äthiopien, Grossbritannien und Frankreich sicherte sich Italien (ca. 300.000 km<sup>2</sup> gross) rd. 500.000 km<sup>2</sup> des von Somali bewohnten Gebietes. Der Versuch, eine Siedlerkolonie zu errichten, scheiterte; stattdessen bauten Kolonialgesellschaften im Süden eine landwirtschaftliche Exportproduktion auf und überliessen die weniger fruchtbaren Gebiete der nomadischen Viehzucht.

Mit Brutalität wie Flexibilität gelang es den Italienern, ein koloniales System aufzubauen, das ab 1935 vollständig im Schatten der Besetzung Äthiopiens stand. Die Kämpfe mit den Alliierten bis zur Übernahme Somalias durch die Briten 1941 zerstörten allerdings einen Grossteil der Infrastruktur, die die Italiener zuvor aufgebaut hatten, und machten einen neuen Anfang unter britischer Militärverwaltung notwendig. Der Zusammenschluss aller Somaligebiete zu einem *Greater Somalia*, das Konzept eines britischen Kolonialbeamten, liess sich in den Verhandlungen nach 1945 nicht durchsetzen, beeinflusst allerdings bis heute das Denken mancher Politiker und war der Hintergrund wiederholter Kriege.

Erste nationale politische Bewegungen bildeten sich in der Zeit der britischen Militärverwaltung. Die bedeutendste wurde jene, die sich 1947 in *Somali Youth League* umbenannte. 1950 kehrte Italien als UNO Treuhänder für zehn Jahre nach Somalia zurück und begann mit der Bildung von Einrichtungen der Selbstverwaltung. Damit verbunden waren der Ausbau des Schulwesens und die Sicherung des italienischen Einflusses in der Wirtschaft.

Am 1. Juli 1960 wurde Somalia ein souveräner Staat und schloss sich mit dem kurz zuvor unabhängig gewordenen Somaliland zusammen. 33 Abgeordnete des Nordens und 90 Vertreter des Südens bildeten das Parlament. Erster Präsident wurde Aden Abdulla Osman, zuvor Parlamentspräsident Südsomalias, sein Regierungschef Abdirashid Ali Shermake von der *Youth League* (SYL).

Deutliche Unterschiede in Wirtschaft und staatlichen Institutionen sowie das Fehlen einer gemeinsamen Infrastruktur prägten das Zusammengehen der beiden Landesteile. Da die gemeinsame Sprache Somali noch keine Schriftsprache war, erfolgte die Kommunikation im formalen Kontext in den beiden Kolonialsprachen Englisch und Italienisch, was in Verwaltung und Politik den Einsatz von

Dolmetschern notwendig machte. Zwei verschiedene Systeme der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, unterschiedliche Steuer- und Abgabensysteme, etc. mussten erst im Laufe der folgenden Jahre angepasst werden. Die Schulen hatten verschiedene Lehrpläne und unterrichteten in verschiedenen Sprachen. Währung und Masseinheiten mussten erst vereinheitlicht werden.

Der Süden hatte weit mehr Fachkräfte auszuweisen als der Norden und war in der Union auf mehrfache Weise dominierend, wogegen der Norden sich bald zu wehren suchte. Die Vertreter der Regierungspartei (SYL) tendierten immer deutlicher auf die Errichtung eines Einparteiensystems; das Parlament zerfiel trotz der zahlenmässigen Stärke der Mehrheitspartei SYL entlang lokaler Klanstrukturen in viele Fraktionen, die den jeweils eigenen Vorteil suchten und dabei von Geschäftsleuten unterstützt und benützt wurden. Ein verlorener Krieg gegen Äthiopien, mangelnde wirtschaftliche Entwicklung trotz bedeutender Finanzhilfe sowie Korruption führten 1969 zur Machtübernahme durch die Armee.

Das Militärregime unter Führung von Siyad Barre kündigte nicht nur an, mit den Übeln der alten Regierung aufräumen zu wollen, sondern brachen rigoros mit der Tradition: „Wissenschaftlicher Sozialismus“, Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, Abschaffung des Klansystems und seiner Normen, sowie Entmächtigung der muslimischen Führer. Die Einführung der somalischen Orthographie 1972 und eine Alphabetisierungskampagne, für die 1974 Lehrer und Schüler mobilisiert wurden, sollte den Bildungsgrad der Bevölkerung verbessern, zugleich aber auch die schwer erreichbare nomadische Bevölkerung politisch beeinflussen.

Nach anfänglichen Erfolgen brachten die Dürrejahre 1974-75 und vor allem der Krieg gegen Äthiopien 1977/78 einen gewaltigen Rückschlag. Gewerbe und verarbeitende Industrie, die Mitte der 1970er Jahre etwa 20% der Exporte geliefert hatten, lagen danieder. Nur Lebendvieh fand in wechselndem Umfang seine Abnehmer, vor allem in den arabischen Staaten, die immer stärker auch wichtige Geber von Entwicklungshilfe wurden. 700.000 Flüchtlinge mussten nach der Niederlage gegen Äthiopien versorgt werden. Die Wirtschaft verlegte sich als Folge der globalen Krise Anfang der 1980er Jahre verstärkt auf illegale Transaktionen. Schmuggel, Schwarzmarkt und schmutzige Geschäfte mit Flüchtlingen brachten schnelles Geld und über den Handel gelangten auch viele Waffen zur Ausrüstung von Klanmilizen ins Land.

Während der Auseinandersetzung mit Äthiopien wechselte die UdSSR von ihrem Bündnis mit Somalia zu einer Unterstützung Äthiopiens unter Haile Mariam. Dafür unternahmen es die USA, Waffen an Somalia zu liefern. Die wirtschaftlichen Folgen des Bruchs mit der UdSSR, der verlorene Krieg und die Misserfolge des Präsidenten bei seinen diplomatischen Offensiven in Zusammenhang mit dem Ogadenkrieg schwächten seine Position bedeutend. Die Kritik an Siyad Barre wurde immer schärfer. Das Regime antwortete darauf mit brutalen Unterdrückungsmassnahmen, vor allem gegen die Bevölkerung im Norden. Dort führte das *Somali National Movement* ab 1988 von Äthiopien aus einen offenen Krieg gegen die Regierung in Mogadishu. Im Bericht des *Africa Watch Committee* (1990:1) hiess es: „*Es ist schwierig die Brutalität der somalischen Regierung gegen ihr eigenes Volk zu übertreiben oder die Auswirkung ihrer mörderischen Politik zu ermessen*“.

Anfang 1991 vertrieben Rebellenmilizen Siyad Barre aus Mogadishu. Der siegreiche *Somali United Congress* überliess vorerst Ali Mahdi Mohamed die Präsidentschaft, doch General Mohamed Farah Aydid, Vorsitzender des USC, machte sie ihm bald streitig. Im Mai 1991 erklärte der Norden unter Führung des *Somali National Movement* die Sezession. Im Süden verschärften sich die Spannungen bis zum Ausbruch offener Kämpfe zwischen den Streitkräften von Aydid und Ali Mahdi. Sie

kosteten bis zum Waffenstillstand im März 1992 etwa 30.000 Menschen das Leben. Somalias Hauptstadt wurde zum Zentrum von Gewalt und Terror, der sich von hier aus über das ganze Land ausbreitete. Eine Million Menschen flüchteten in Nachbarstaaten oder nach Übersee.

Ende 1992 landeten Truppen der USA, offiziell im Auftrag der UNO, mit grossem medialen Aufwand in Somalia und begannen ihre „*Operation Restore Hope*“. Nach demütigenden Niederlagen zog Präsident Clinton seine Truppen im März 1994 ab. Somalia wurde zum Feld ständiger Auseinandersetzungen zwischen *warlords*, Klanmilizen, Interventionstruppen der Nachbarstaaten und der *African Unity* (AU) sowie zuletzt islamistischen Bewegungen wie al-Shabab. Die Erfolge der Islamisten wie die Piraterie vor den Küsten Somalias lieferten die Begründung für zahlreiche Interventionen regionaler und internationaler Mächte. Geschäftsinteressen von Unternehmern der Diaspora verschärften die Auseinandersetzungen und die Folgen gingen zu Lasten der einheimischen Bevölkerung wie der internationalen Hilfsorganisationen.

„*Die internationale Gemeinschaft*“, schrieb der in Nairobi erscheinende *East African* (14.10.2002), „*war höchst grosszügig zu Somalia. Um die Somalis aus der Umklammerung durch die warlords zu befreien, hat die Weltgemeinschaft den Führern der verschiedenen Fraktionen nicht weniger als 13 Friedenskonferenzen angeboten, die in teilweise weit abgelegenen Orten wie Djibouti, New York, Kairo, Addis Abeba und Nairobi stattfanden. [...] Auf all diesen Konferenzen wurden abschliessend Abkommen unterzeichnet, von denen kein einziges wie vereinbart umgesetzt wurde.*“ Eine 2004 gebildete Übergangsregierung konnte sich als „Regierung der Nationalen Einheit“ 2007 in Mogadishu niederlassen, kontrolliert jedoch mit Hilfe fremder Truppen (AU, Äthiopien, Kenya u.a.) nur Teile des südlichen und mittleren Somalia. Immer wieder kommt es zu Terroranschlägen der Islamisten. Dem nationalen Parlament und dem von deren Abgeordneten gewählten Präsidenten, sowie regionalen Gremien kommt nur ineffiziente Macht zu. Lokale Unternehmer wie Geschäftsleute der Diaspora nutzten den schwachen und korrupten Staat zur Durchsetzung eigener Interessen. Die internationalen Organisationen und zahlreiche Staaten mischen sich immer wieder in die nationale Politik ein. Die Bevölkerung versucht zu migrieren: von den Städten, Zentren der Gewalt, aufs Land, getrieben vom Hunger vom Land in die Stadt, in Lager in Kenya oder Äthiopien, in die Diaspora, deren etwa 1,5 Mio. Mitglieder durch ihre Überweisungen das Überleben sichern. Somalia führt die Liste der korruptesten Staaten der Welt an; Wirtschaftsdaten und demographische Angaben sind grobe Schätzungen. Während sich Somaliland mit Unterstützung der Diaspora im Verlauf der ersten Dekade selbst zu einem stabilen (wenngleich international nicht anerkannten) Staat entwickeln konnten, bleibt Somalia ein Opfer fremder Interventionen, bemühter Hilfe und gewaltsamer Auseinandersetzungen zahlreicher unterschiedlicher Gruppierungen, hinter denen sich oft – wie etwa bei der Türkei als zuletzt gekommenem „Paten“ – fremde Akteure mit jeweils eigenen Interessen verbergen. Während im Februar 2022 eine der schwersten Dürreperioden 70% der Haushalte durch Hunger bedroht, streiten in Mogadishu Präsident Mohamed Abdullahi Mohamed „Farmaajo“ und Premierminister Mohamed Hussein Roble um die beste Ausgangsposition für die angekündigten Wahlen. Der gemeinsame Appell der Interventionisten (AU, UNO, USA, EU) „*Wir rufen [mit tiefer Besorgnis] Somalias Führer auf die Interessen des Landes voran zu stellen*“ (Al Jazeera, 28.12.2021) klingt im Licht der historischen Erfahrung nachgerade zynisch.